

Niederschrift

der öffentlichen Sitzung des Seniorenbeirats am 18.08.2021 im Neuen Rathaus

Beginn: 9.30 Uhr

Ende: 12.10 Uhr

Teilnehmende vom Seniorenbeirat:

Holger Hammerich
Hans Werner Pundt
Luzie Andresen
Dorothea Jahner
Jens Ahrens
Anette Albrecht
Hans-Georg Stanull
Hermann Nissen
Ulf Heeschen
Günter Schöbel
Abdul Koochi
Manfred Willms

nicht anwesend war:

Hans Janzen

von der Stadtverwaltung:

Arne Bollen/FD03
Andrea Engel/Seniorenbüro

weitere Gäste:

Melanie Bernstein (CDU)
Gabi Gschwind-Wiese (Die Linke)
Martin Drees (Bündnis 90/Die Grünen)
Jörg Hansen (FDP_Sprecher in Vertretung
von Gunnar Schulz)
Kristian Klinck (SPD)
1 Redakteur HC
5 weitere Gäste

Zu TOP 1: Begrüßung, Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Hammerich eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingegangen und der Seniorenbeirat mit 12 Personen beschlussfähig ist.

Zu TOP 2: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird vom Seniorenbeirat genehmigt

Zu TOP 3: Beschlussfassung über die Niederschrift der Sitzung am 16.06.2021

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 4: Diskussion mit den Bundestagswahl-Kandidaten/Bundestags-Kandidatinnen zu seniorenrelevanten Themen

Die Kandidaten/Kandidatinnen geben zunächst eine kurze (jeweils 5 Minuten)

Erklärung zu ihrem Parteiprogramm hinsichtlich der Altenpolitik ab. Im Anschluss daran haben die Beiratsmitglieder die Möglichkeit Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten zu stellen.

Herr Hammerich bemerkt vor Diskussionsbeginn, dass es „unseren Enkelkindern“ im Alter finanziell nicht schlechter gehen soll, als den Älteren der Gegenwart. Er verweist darauf, dass Bewohnende einer stationären Pflegeeinrichtung aktuell eine Eigenleistung von mindestens 1900 Euro zu zahlen haben. Im Jahre 2019 waren es in den neuen Bundesländern noch 1139 Euro und in den alten Bundesländern 1212 Euro. Bevor die Sozialhilfe greift, wird erst einmal das Angesparte zur Kostendeckung aufgebraucht. Ältere, die Sozialhilfe empfangen, bekommen monatlich lediglich ein Taschengeld in Höhe von 120,42 Euro. Dieser Betrag dient dazu gewünschte Genussmittel, individuelle Körperpflegemittel und ähnliches zu kaufen oder kleine Anschaffungen, Geschenke, Friseurbesuch, Zuzahlung zu benötigten Medikamenten, Fußpflege usw. 22 Euro stehen monatlich für Kleidung zur Verfügung. Herr Hammerich betont, dass hier dringend Handlungsbedarf besteht. Aus Pflegebedürftigkeit darf keine Altersarmut resultieren.

Viele Ältere bekommen aber auch durch ambulante Pflegedienstleistende Unterstützung in der eigenen Häuslichkeit und werden von Angehörigen betreut. Größere barrierefreie Wohnungen sind in Neumünster im Schnitt günstiger als kleine barrierefreie Wohnungen. Dieser Zustand ist weder für jüngere noch für ältere Personen in Neumünster tragbar.

Frau Bernstein von der CDU betonte daraufhin, dass „ambulant vor stationär gilt“. Ältere Menschen sollten so lange wie möglich in ihrer eigenen Häuslichkeit bleiben können. Familienmitglieder, die die Pflege von Angehörigen übernehmen, müssen dazu befähigt werden und es gilt auch deren eigene Gesundheit zu schützen. Wenn Ältere dann doch in ein Pflegeheim ziehen müssen, darf Pflege und medizinische Versorgung nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Das „Älter werden in Würde“ muss möglich gemacht werden – mit sozialer und kultureller Teilhabe.

Herr Klinck (SPD) stimmt der Aussage „ambulant vor stationär zu.

Herr Stanull wirft die Frage nach der Deckelung des Eigenanteils von Heimbewohnenden auf. Zudem bemerkt er, dass sich Seniorinnen und Senioren, die noch fit sind, sich gesellschaftlich noch eher integrieren können, weil sie sich zu helfen wissen. Bei Pflegeheimbewohnenden gibt es ganz klar die Tendenz der Vereinsamung.

Frau Bernstein bemerkte dazu, dass die Finanzierung einer Unterbringung in einer Pflegeeinrichtung überdacht werden muss.

Die SPD spreche sich für eine Deckelung des Eigenanteiles aus. Herr Klinck merkt in dem Zusammenhang an, dass die steigende Anzahl von Älteren problematisch für die Pflegeversicherungen ist. Ehrenamtliches Engagement könne der Vereinsamung in Pflegeeinrichtungen entgegenwirken. Aber auch das Zusammenspiel von Kindertagesstätten und Altenheimen (nach der Pandemie) sollte gefördert werden.

Herr Hansen (Sprecher der FDP) verweist darauf, dass Jung und Alt dies nur gemeinsam lösen können. Das Thema rund um die Pflegeversicherung werde auf Bundesebene noch diskutiert. Um einer Vereinsamung entgegen zu wirken, müsse man die Quartiersentwicklung fördern: Herr Hansen verweist auf das Lübecker Beispiel. Der Oberbürgermeister von Lübeck fördere unter anderem das Entstehen von Mehrgenerationenhäuser und Wohngemeinschaften für Ältere. Zudem müsse familiäre Nähe gefördert werden. Präventive Hausbesuche – sogenannte Quartiersschwwestern auf freiwilliger Basis – hält Herr Hansen für eine gute Idee. Der Bund sieht die Kommunen in der Pflicht, dies zu fördern. Der Bau von bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum in Neumünster unterliegt der freien sozialen Wirtschaft. Die Kommunen müssten in die Pflicht genommen werden, barrierefreies Bauen zum Standard zu machen.

Frau Bernstein bemerkt dazu, dass Alterseinsamkeit entgegen gewirkt werden könne, wenn Bürgerinnen und Bürger in gerechte und gut bezahlbare Jobs kommen würden. Dann hätten sie im Alter auch ein entsprechendes Auskommen. Das Mehrgenerationenhaus in Tungendorf ist in Neumünster ein gutes Beispiel für ein

Miteinander von Jung und Alt. Frau Bernstein bemerkt außerdem, dass viele Ältere ihren Hilfebedarf in der eigenen Häuslichkeit falsch einschätzen. Aus dem Grund sind entsprechende niedrighschwellige Angebote wichtig. Die Kommunikation zwischen Älteren, Behörde und Pflegeversicherung muss verbessert werden. Die Förderung dessen ist im Bund ist allerdings noch nicht einheitlich. Die Richtung stimmt aber schon mal.

Herr Drees (Bündnis 90/Die Grünen) spricht sich ebenfalls für eine Deckelung des Eigenanteiles aus. Er plädiert ebenfalls dafür, dass ambulant vor stationär stehen muss. Das darf aber nicht nur für die gelten, die sich das leisten können. Eigentum darf nicht einbehalten werden. Es darf nicht die Frage gelten, ob es finanzierbar ist, sondern wie es finanzierbar ist. Es muss ein steuerfinanziertes Modell her. Die Finanzierung ist eine Frage der Verteilung und Strukturierung.

Frau Gschwind-Wiese (Die Linke) spricht sich für eine solidarische Pflegeversicherung aus. Zum Thema Einsamkeit verweist Frau Gschwind-Wiese auf das Wahlprogramm der Linken. Es gibt Konzepte, die Vereinsamung entgegenwirken. Der Bund muss die Kommunen in dem Zusammenhang finanziell gut ausstatten. Dazu kann nur die Bundespolitik entsprechende Weichen stellen.

Herr Ahrens bemerkt kritisch, dass in der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt 56 Angestellte beschäftigt sind. Die Antragstellung auf Förderung ist schwierig und nicht transparent. Zudem kritisiert er, dass ehemalige Bundestagsabgeordnete bei der Stiftung zu finden sind. Herr Ahrens bittet Frau Bernstein um eine Stellungnahme dazu.

Frau Bernstein bemerkt, dass Ehrenamtliches Engagement Hauptamtliche für die Beratung von ehrenamtlich Engagierten braucht. Wer genau bei der Stiftung beschäftigt ist, wisse sie nicht.

Herr Ahrens fragt weiter nach dem Sachstand, wann alle Pflegeheime in Schleswig Holstein für die Bewohnenden mit Internet ausgestattet sein werden. In NRW ist das schon seit 2 Jahren der Fall. Er bittet Herrn Hansen um eine Antwort darauf.

Herr Hansen bemerkt dazu, dass erst einmal die dafür nötigen Leitungen bereitgestellt werden müssen.

Herr Drees (Bündnis 90/Die Grünen) fragt sich, ob Digitalisierung in Pflegeeinrichtung ein zentrales Thema ist.

Herr Hansen (FDP) betont, dass digitale Leistungen vorhanden sein müssen, da vieles nur noch digital funktioniert. Eine WLAN- Verbindung kann aber nicht für alle Heimbewohnenden zur Verfügung gestellt werden, da viele Leitungen das nicht leisten können.

Frau Bernstein (CDU) bemerkt dazu, dass digital analog nicht ersetzen darf. Zu Corona Zeiten ist das eine gute Ergänzung. Der menschliche Kontakt ist aber immer noch das wichtigste. Sie sieht in zu großen digitalen Möglichkeiten auch Gefahren.

Frau Andresen bemerkt kritisch, dass die Namensgebung „betreutes Wohnen“ falsche Erwartungen weckt. Sie fordert vorab mehr Beratung.

Herr Drees (Bündnis 90/Die Grünen) spricht sich dafür aus, dass die Leistungen der Pflegeversicherung an Ältere ausgezahlt werden sollten. Jeder/jede kann dann bestimmen, welche Dienste dafür in Anspruch genommen werden. Somit ist der Begriff des ambulanten Wohnens nicht mehr so starr.

Ein Gast fragt kritisch, wo in den Stadtteilen noch Geldautomaten und Bankfilialen zu finden sind. Ältere benötigen Bargeld. Sie nutzen weniger die Möglichkeit mit Karte zu zahlen.

Herr Klinck (SPD) bemerkt dazu, dass Banken einen Grundversorgungsaspekt zu erfüllen haben. Politischer und öffentlicher Druck muss her.

Herr Hansen (FDP) bringt dazu die Beispiele Stockholm und Dänemark an. Dort ist nur Kartenzahlung möglich. Deutschland muss in der Hinsicht entspannter werden. Eine Umstellung auf Kartenzahlung ist reine Gewöhnung.

Frau Bernstein widerspricht dem. Ihrer Meinung nach kann man es den Leuten nicht aufdrängen. Es sollte weiterhin die Möglichkeit geben, dass man Bargeld abheben kann. Barrierefrei heißt nicht nur Zugang zu Ärzten, Einkauf u.a., sondern auch Zugang zu Bargeld.

Herr Drees (Bündnis 90/Die Grünen) wünscht sich grundsätzlich die Erhaltung von Bankautomaten und Bankfilialen, weiß aber auch, dass dies nicht möglich ist. Mit dem Verweis auf Skandinavien als Vorreiter, teilt Herr Drees die Ansicht von Herrn Hansen, dass es reine Gewöhnung ist.

Herr Hammerich regt an, einen verantwortlichen einer Bank zu einer der nächsten Seniorenbeiratssitzungen einzuladen. Zudem berichtet er, dass seinerzeit in allen Stadtteilen mehrere Bankautomaten zu finden waren.

Ein Gast gibt zu bedenken, dass „digital nicht alleine vorherrschen darf“. Er sieht bei den Jugendlichen den Umgang mit Geld kritisch. Diese Generation ist die Altersarmut der Zukunft.

Herr Hansen (FDP) sieht in dem Zusammenhang die Notwendigkeit, dass Beratung vorhanden sein muss.

Herr Stanull merkt an, dass es nicht nur auf dem Land einen Ärztemangel gibt, sondern auch in der Stadt. Seine Frage dazu, wie das Errichten von Ärzte Zentren unterstützt wird.

Frau Bernstein (CDU) bemerkt dazu, dass die Anzahl von Ärzten abhängig von der Krankenkassen Ärztlichen Zulassung ist. Dafür zu sorgen, dass es vor Ort genug Ärzte gibt, ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Land, Kommune und Bund. Es müssen mehr Kassensitze her. Das ist schon im Gespräch.

Herr Klinck (SPD) stimmt Frau Bernstein zu. Hausärzte in der Gesundheitsversorgung sind unheimlich wichtig. Die Rolle der Hausärzte im Gesundheitssystem müssen gestärkt werden. In dem Zusammenhang müssen Bund, Land und Kommune an einen Tisch.

Herr Drees (Bündnis 90/Die Grünen) sieht die Situation auf dem Land noch drastischer. Es mangelt dort nicht nur an niedergelassenen Ärzten, sondern auch an Krankenhausärzten.

Frau Gschwind-Wiese fordert, dass Stadtteilzentren gefördert werden müssen.

Zu TOP 5: Freies Radio Neumünster e.V. – Herr Fobian (selbst aktiver Radiomacher beim FRN) stellt das FRN sowie ein neues Projekt vor: „Das Seniorenradio“

Das Freie Radio Neumünster ist ein freies, nichtkommerzielles und alternatives Radio für die Region Neumünster. Zu hören auf UKW 100,8. Es bietet ein vielfältiges Programm für Zuhörende unterschiedlicher Zielgruppen – umgesetzt von Mitwirkenden aller Altersklassen (Radiomachende auf ehrenamtlicher Basis). Gefördert wird das FRN durch das Land und die Medienbehörde. 2018 wurde zusätzlich der „Förderverein Freies Radio Neumünster e.V.“ gegründet. Darüber konnten weitere Projekte, wie zum Beispiel das Jugendradio, realisiert werden. Das Programm soll jetzt durch ein weiteres Projekt ergänzt werden: das Seniorenradio. Dabei handelt es sich um ein Radioprojekt für und von Seniorinnen und Senioren in Neumünster. Herr Fobian wünscht sich die Beiratsmitglieder zum einen als Multiplikatoren des Seniorenradios, gerne aber auch als Ideenbringende für seniorenrelevante Themen. Beiratsmitglieder regten an, den Holsteinischen Courier als Kooperationspartner zu gewinnen. Das Programm des FRN könne dann darüber veröffentlicht werden. Es wird ebenfalls angeregt, das Thema Sicherheit für Ältere ins Programm mit aufzunehmen. Zudem könnten darüber die Tagespunkte der jeweils nächsten Seniorenbeiratssitzung vorab angekündigt werden. Das Mehrgenerationenhaus in Tungendorf könne ebenfalls interessant für Zuhörende des FRN sein. Die Besuchenden des Wochenmarktes in Neumünster kann man ebenfalls befragen, welche Themen für sie wichtig sind. Für den 30.09.2021 ist ein Termin mit den Mitarbeitenden im Seniorenbüro vereinbart. Auch in dem Gespräch werde es dem Vertreter des FRN darum gehen, Ideen und Anregungen für seniorenrelevante Themen zu sammeln.

Zu TOP 6: Beschlusskontrolle

Herr Hammerich berichtet vom Prüfauftrag an die Stadtverwaltung, die einzelnen Beiratsmitglieder mit einem Tablet auszustatten – aus ökologischen Gründen, um das Papiervolumen in der Verwaltung zu verringern. In der Stadtverwaltung sieht man von einer Anschaffung der Geräte ab. Die Kosten dafür seien zu hoch. Herr Hammerich bleibt weiter mit der Stadtverwaltung darüber im Gespräch.

Frau Jahner berichtet, dass das Verhalten des Sicherheitspersonals vor dem Bürgerbüro am Seniorenfreitag den Kunden gegenüber nicht angemessen ist. Der Umgang ist sehr unfreundlich.

Herr Hammerich weist darauf hin, dass der Antrag auf die Einrichtung eines Beirates für behinderte Menschen am 25.08.2021 Tagesordnungspunkt des Sozial- und Gesundheitsausschusses sein wird.

Zu TOP 7: Berichterstattung aus den städtischen Ausschüssen und anderen Gremien

Herr Stanull berichtet von der letzter Stadtteilbeiratssitzung in Faldera. Frau Schilf (Fachdienst Stadtplanung und –entwicklung der Stadt Neumünster) stellte Pläne für die Umgestaltung des Platzes am Hansaring/Ehndorferstrasse vor. Es sei unter anderem eine Grünfläche mit Sitzmöglichkeiten aus Beton geplant. Herr Stanull und Herr Jahner hatten in der Stadtteilbeiratssitzung die Forderung gestellt, dass eine größere Grünfläche eingeplant werden solle, ansprechendere Sitzmöglichkeiten und barrierefreie Zugänge zum Platz. Davon werden alle Nutzenden profitieren: Ältere und Jüngere.

Mit dem Bau des Familienzentrums in der Werderstraße werde 2022 begonnen, 2024 soll der Bau abgeschlossen und somit nutzbar sein.

Herr Ahrens berichtet von der letzten Stadtteilbeiratssitzung in Wittorf. Der Neumünsteraner Geschäftsmann Phillip Brügge plant neben der Stefan Schnoor Arena zwei- bis dreigeschossige Mehrfamilien und Reihenhäuser. Darunter sind auch seniorengerechte Wohnungen. Dafür wird es aber zu wenig Parkplätze geben. Herr Delfs kritisierte während der Sitzung in Wittorf, dass in Wittorf eine Sportanlage und Sportangebote fehlen.

Zu TOP 8: Anfragen von Seniorinnen und Senioren

Ein Gast der Sitzung bemerkt, dass die Sitzplätze in den SWN Bussen, die für Menschen mit Behinderungen ausgewiesen sind, häufig von Mitfahrenden besetzt werden, die nicht zu dieser Personengruppe gehören.

Herr Hammerich bemerkt dazu, dass vorab der Hinweis an die Mitfahrenden gegeben werden müsse, dass die ausgewiesenen Plätzen freigehalten bzw. freigemacht werden müssen.

Zu TOP 9: Mitteilungen

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Engel verteilt das aktuelle Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirates Schleswig Holstein e.V., Heft 2/2021 sowie die Drucksache Nr.: 0852/2018/DS an die Beiratsmitglieder aus.

Zu TOP 11: Sonstiges

Herr Hammerich zählt auf, welche Gäste für die kommenden Sitzungen im September und Oktober zur Seniorenbeiratssitzungen vorgesehen sind: Herr Kühl vom TBZ, Herr Iblher (zum Thema Partnerstädte der Stadt Neumünster), Einladung des neuen Oberbürgermeisters Tobias Bergmann, eine zuständige Person einer Sparkasse. Auf die Frage, wer von den vorgeschlagenen Personen als Gast von den Beiratsmitgliedern priorisiert werden, kamen soweit keine Rückmeldungen. Herr Hammerich wird entsprechende Einladungen aussprechen. Wer es zeitlich einrichten

kann, der kommt.

Herr Hammerich beendet die Sitzung und verabschiedet alle Beiratsmitglieder.



(Vorsitzender)

Engel

(Schriftführerin)